



Piratenpartei Deutschland | Pflugstraße 9a | 10115 Berlin

Strafvollzugsarchiv e.V.
Rembertistraße 30
c/o Johannes Feest

28203 Bremen

Ihre Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021

30. August 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl und das damit bekundete Interesse an unserer Politik. Im Anschluss erhalten Sie unsere Antworten:

Entkriminalisierung

Wie steht Ihre Partei zur Entrümpelung des Strafrechts im Allgemeinen sowie im Besonderen zur Entkriminalisierung des Schwarzfahrens und zum Umgang mit Drogen?

Positiv. Jegliche Art von Moralstrafrecht wie die §§ 173 und 184 StGB oder den diskriminierenden § 183 StGB wollen wir aufheben bzw. reformieren.

Schwarzfahren darf nicht zu Haft- oder Geldstrafen führen. Um Schwarzfahren abzuschaffen, böte sich ein umlage- oder steuerfinanzierter öffentlicher Personenverkehr an.

Wir wollen den ungehinderten Zugang zu jeglicher Art von Schwangerschaftsberatung, sodass auch der § 219a StGB als überholt zu erachten ist.

Weiterhin wollen wir überprüfen, ob nicht bestimmte Taten straffrei bleiben sollen, wenn diese nur einen geringen Unrechtsgehalt aufweisen, zum Beispiel weil nur ein sehr kleiner Schaden entstanden ist oder sie nicht sozialschädlich sind.

So ist beispielsweise fraglich, ob jemand, der weggeworfene Lebensmittel aus einer Mülltonne oder Gegenstände vom Sperrmüll holt, dafür bestraft werden sollte. Hier sollen viel mehr Anreize geschaffen werden, noch brauchbare Güter einer weiteren wie ursprünglich angedachten Nutzung zuzuführen. Bei Nahrungsmittel bieten sich Systeme wie in Frankreich an.

Bundesvorstand

Sebastian Alischer
Markus Barenhoff (stellv. Vorsitzender)
Frank Grenda (politischer Geschäftsführer)
Stefano Tuchscherer (stellv. politischer Geschäftsführer)
J oachim Rotermund (Generalsekretär)
Manuel Wolf (stellv. Generalsekretär)
Wolf Vincent Lübecke (2. stellv. Generalsekretär)
Detlef Netter (Schatzmeister)
Andreas Lange (stellv. Schatzmeister)

vorstand@piratenpartei.de

Bundesgeschäftsstelle **Piratenpartei Deutschland**

Telefon:
+49 30 2757 2040
Telefax:
+49 30 6098 9751 7

Bankverbindung:
GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN:
DE36 4306 0967 7006 0279 00
BIC:
GENODEM1GLS

www.piratenpartei.de

Zu den nicht sozialschädlichen Straftaten gehört das sog. „White-Hat-Hacking“, bei dem Hackende ohne Beauftragung testen, ob Firmen oder Behörden Sicherheitslücken in ihrem Computernetzwerk haben und diese bei Entdecken solcher Lücken darüber informieren. Auch Whistleblower (Personen, die auf Missstände aufmerksam machen) müssen häufig Straftaten begehen, um ihre Vorwürfe unter Beweis stellen zu können. Insbesondere solche, die private oder staatliche Geheimnisse schützen sollen (z. B. §§ 94, 95, 96, 109g, 203, 353b und 355 StGB), hier aber ausnahmsweise nicht schützenswert sind. Die Mitteilung solcher Geheimnisse im Rahmen des Whistleblowings sollte zumindest begrenzt auf den notwendigen Umfang legalisiert werden.

Hinsichtlich Drogendelikten fordern wir die Entkriminalisierung von Konsumenten. Als Sofortmaßnahme fordern wir einen bundeseinheitlichen Grenzwert von 30 Gramm THC-haltigem Marihuana. Wir fordern insbesondere die Orientierung an erfolgreichen Modellen der Legalisierung wie in den Niederlanden oder Portugal.

Alternative Verfahren

Wie steht Ihre Partei zur Förderung von Alternativen zur Strafjustiz unter besonderer Berücksichtigung von *Restorative* und *Transformative Justice*?

Grundsätzlich stehen wir dem Ansatz positiv gegenüber, alternative Verfahren zu erforschen, auch in der praktischen Erprobung. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich Haft- und Geldstrafen in der Praxis nur sehr teilweise bewährt haben.

Keine Masseneinsperrung in festungsartigen Anstalten

Wie steht Ihre Partei zur Ersetzung großer Strafanstalten durch kleine Hafthäuser mit Zimmern statt Zellen und Integration in normale Wohnviertel?

Positiv, die Erfahrung lehrt, dass sowohl das Aggressionspotential wie auch die Gefahr, noch tiefer in die Kriminalität zu rutschen, in Haftanstalten steigt. Im Sinne einer tatsächlichen Resozialisierung wäre zumindest bei Ersttätern für Delikte mit geringem Strafmaß das vorgeschlagene Modell zu testen.

Sofortige Abschaffung obsoleter Formen des Freiheitsentzuges

Wie steht Ihre Partei zur Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe, der Jugendstrafe bei Minderjährigen und des Jugendarrests?

Positiv. Gerade im jugendlichen Alter ist es sinnvoller tatbezogene Folgen zu verhängen, als Freiheitsstrafen. Diese können nur nach wiederholtem Vergehen gegen die Gesellschaft als ultima ratio nach Sühne- oder Arbeitsleistungen folgen, wenn keine Aussicht auf eine positive Sozialprognose besteht.

Angleichung der Gefangenendarbeit an normale Arbeitsverhältnisse

Wie steht Ihre Partei zur Einbeziehung von inhaftierten Menschen in die Geltung von Mindestlohn, Sozialversicherung und Krankenversicherung?

Positiv. Wir lehnen jegliche Ausnahmen im Mindestlohngesetz ab. Jegliche Art von bezahlter Arbeit muss einen Mindestlohn zur Folge haben, der bei wenigstens Euro 18,51/Std. liegt, um bei dauerhaftem Bezug nicht unterhalb der Armutsgrenze im Alter zu sein. Infolge dessen sind auch Beiträge zur Sozialversicherung und Krankenversicherung zu entrichten.

Erste wollen wir überflüssig machen durch die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens, letztere soll in eine Art Bürgerversicherung umgewandelt werden, in die alle Leistungsberechtigten gemäß aller ihrer Einkommen unabhängig von einer Höchstgrenze einzahlen.

Mit freundlichen Grüßen
Piratenpartei Deutschland
Thomas Ganskow
Bundeskoordinator Wahlprüfsteine